

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

247 (23.10.1919)

griff, verließen alle Abgeordneten, insbesondere alle Sozialdemokraten, darunter auch Herr Eichhorn den Sitzungssaal, und die Presse hielt die Verhandlung ein. Das diesseits des Herrn Wehn hat allerdings auch die Kur überstanden.

Am Samstag hat die Nationalversammlung Herrn Eichhorn in der gleichen Weise behandelt. Seine Amtsführung als Polizeipräsident von Berlin nach dem Verfall der Reichsverfassung ist wirklich unglücklich, daß ein Parlament sich zu dem Zweck, um Deutschland bei der Entente zu denunzieren. Gegen den Reichstag hat das Parlament durch den schärfsten Ausdruck seiner Mißachtung wehren. Ueber die Methode des Protokolls werden sich die Unabhängigen umso weniger beärgern können, als sie seinerzeit bei dem Votum gegen Wehn wie ihnen auch heute anerkannt werden soll, eifrig und energisch mitgemacht haben.

Die Deutschen gehen nach Washington.

Wegen der Entsendung deutscher und österreichischer Delegierter auf die bevorstehende Arbeiterverschutzkonferenz in Washington haben in Berlin sowohl von Regierungsseite wie vom Gewerkschaftsverbande weitere Verhandlungen stattgefunden. Nach dem Ergebnis dieser Verhandlungen scheint es annehmlich, von der Konferenz durch deutsche Vertreter abzugehen. Den deutschen Gewerkschaftsvertretern ist durch neutrale Vermittlung die Erklärung zugegangen, daß der Oberste Rat der a. u. a. Regierungen die Delegation der deutschen und österreichischen Delegierten als vollberechtigte Mitglieder zur Konferenz empfohlen hat, jedoch diese Zulassung in der ersten Sitzung der Konferenz mit Sicherheit zu rechnen ist. Dies ist dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegationen.

Die Regierung hat sich unter diesen Umständen in Uebereinstimmung mit der Auffassung des deutschen Gewerkschaftsverbandes entschlossen. Delegierte nach Washington zu entsenden. Außer zwei Regierungsvertretern je einen Vertreter der Arbeiter und Arbeitergeber werden der deutschen Delegation ein Anzahl Sachverständiger angehöhen. Die Abreise wird voraussichtlich gemeinschaftlich mit den österreichischen Delegierten Ende dieser Woche erfolgen.

Arbeitslohn oder —

Im „Berliner Tageblatt“ berichtet Hauptmann Delle Schmutde über seine Erfahrungen als einfacher Kohlengrubenarbeiter. Da liest man:

„Die Arbeit in der Grube hat mir keine Schwierigkeiten bereitet. Die fett- und zuckerarme Ernährung aber ließ den Körper früher erlahmen, und mir ging aus eigenem Erleben das Verständnis auf für die Tatsache der Unmöglichkeit, eine Produktionssteigerung ohne gleichzeitige bessere Ernährungsweise zu erzielen. Schafft bessere Wohn- und Ernährungsverhältnisse und der deutsche Arbeiter wird wieder zur alten Leistungsfähigkeit gelangen!“

Diese Bemerkung mögen sich alle jene Herren und Damen gut ansehen, die bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit über die „Hautheit der Arbeiter“ jammern und zeteren.

Der Frankfurter Eisenbahnkonflikt beigelegt.

Zwischen den Frankfurter Eisenbahnern (Deutscher Eisenbahnerverband) und der Eisenbahndirektion ist vorgestern nachmittags der Konflikt in einer öffentlichen Versammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes beigelegt worden. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der der Beschluß auf Rücktritt des Eisenbahnpräsidenten Stapp des Oberregierungsrats Lüttke und des Oberbaurats Straßburg aufhebt und den Beschluß gegenüber dem Allgemeinen Eisenbahnerverband zurüchnimmt.

Oesterreich.

Die neue Staatsform.

Wien, 21. Okt. Die Nationalversammlung beriet die Vorlage betr. die Staatsform. Nach diesem Gesetz wird Oesterreich gemäß dem Vertrage von St. Germain die Bezeichnung „Republik Oesterreich“ führen. Ferner wird die deutsche Staatsprache unbeschadet der sprachlichen Minderheiten eingeräumten Rechte festgelegt. Schließlich werden die Bestimmungen der Novemberverfassung und des Märzgesetzes, wonach Oesterreich ein Bestandteil des Deutschen Reiches ist, aufgehoben.

Rußland.

Petersburg umzingelt.

Aus Helsinki wird berichtet: Die Nordwestarmee

befehle den Vorort Gussow südlich von Petersburg. Der Etap Judentisch siebelte nach Jarskoje Selo über Bestine Klämpfe fanden sich zwischen der entfallenen Motte und Kronstadt, sowie Krasnaja Gorka, Oranienburg, brennt. Die Bolschewisten halten nur noch die Pabnitze Reiterbataillon. In der Richtung auf Pleskau machte die Weiße Garde Fortschritte. Die Bolschewisten zogen sich südlich des Peipus-Sees hinter den Weikaja-Fluß zurück.

Die Operationen in Südrussland.

London, 21. Okt. Der Kriegsminister teilte über die Operationen in Südrussland mit. Die Kolonnen setzten ihr Vorwärtsschreiten nach dem Abovort-Ruß fort. Sie japten die 14. kolonienwärtige Division in die Flucht, machten 5000 Gefangene und nahmen 27 Kanonen sowie zahlreiche Maschinengewehre. Der Kampf südlich von Koronek geht weiter, ebenso östlich von Orel, wo die Freiwilligen beständig vorrücken. Südwestlich von Orel wurde eine freiwillige Kolonne von 10000 Mann darunter auch eine russische Regiment, umzingelt und beinahe überwunden. Der Rest flüchtete sich nach Norden. Die Bolschewisten verlor durch eine Division von der polnischen Front, griffen am 18. Oktober plötzlich Nien an. Es gelang ihnen vorübergehend die Stadt zu besetzen. Verstärkte Freiwillige warfen den Feind aus der Stadt zurück.

Badische Politik.

Der Haushaltsausschuß zur sogenannten Feuerungsbeihilfe für die Staatsbeamten und Arbeiter.

Die getrige Sitzung des Haushaltsausschusses des bad. Landtages, die vormittags 10 Uhr begann und nachmittags fortgesetzt wurde, war insofern von großer Bedeutung, als ihr die schwierige Aufgabe oblag, zu den Eingaben der Beamten und Staatsarbeiter endgültig Stellung zu nehmen. Ihr Verlauf war ungefähr folgender:

Rund um 11 Uhr trat ein Mitglied der demokratischen Fraktion, eine Uebersicht über den Inhalt der obigen Eingaben. Er verwies u. a. auf die Denkschrift des Verbandes des deutschen Verkehrsverwaltungen, die eingereicht worden war auf Grund der Verhältnisse, die eine am 16. August stattgefundene Konferenz dieser Organisation sah. Nach diesen war verlangt, ähnl. wie im Reich und in Preußen eine einmollige Feuerungsbeihilfe von 1000 M und für jedes Kind 200 M zu gewähren. Hiervon sollten 700 M und 7/10 der Kinderzulage sofort ausbezahlt werden der Rest in drei Monaten. Der Berichterstatter verlas auch die Begründung der Anträge die sich stützt auf die steigende Teuerung und die Erhöhung der Preise für Schuhe, Kleidung usw.

Hierauf nahm der Finanzminister Dr. Wirth das Wort zu längeren Ausführungen. Er teilte zunächst mit, daß gegen eine Deputation des Verbandes des süddeutschen Verkehrsverwaltungen bei ihm vorgebracht habe. Er fuhr dann fort: Die Lage ist ernst; er müsse angeben, daß Baden jetzt eine Anleihe in der Gewährung der Feuerungsbeihilfen sei denn das Reich, Preußen und einige südliche Staaten hätten die Angelegenheit bereits geregelt. Nun habe der Badische Beamtenbund eine weitere Einabe eingereicht, die auf Verteilung von Gärten und Unbequemlichkeiten der im Sommer gewährten Ausleihsulosen abzielt und somit Forderungen stelle deren Bewährung über 40 Millionen Mark beanspruchen würde. Die Finanzlaage des badischen Staates sei aber zurzeit eine äußerst ungünstige. An der Allgem. Staatsverwaltung betrage das Defizit voraussichtlich 45 Millionen, bei den Eisenbahnen ergebe sich für 1920 mit den Ausgaben für den Bahnbetrieb sogar ein Fehlbetrag von 265 Millionen zusammen also rund 300 Millionen Mark als Fehlbetrag. Die Ausgaben würden aber eher steigen, als fallen. Es ist nun auszuwählen, daß wir nochmals eine Erhöhung der Vermögenssteuer vornehmen können, das das Reich, nachdem es die Finanzhoheit über die Bundesstaaten übernommen dies nicht zulassen würde. So erklärt denn die Regierung: Die Forderungen der Beamten und Eisenbahner im Betrag von 120 Millionen können nicht bemilligt werden. Sie anerkennt jedoch daß eine große Erhöhung der Ertrags der Staatsangestellten vorhanden ist.

Nach diesen Darlegungen des Finanzministers, die mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wurden, entspann sich eine kurze Debatte über die Frage, welche Summen und schließlich das Reich zur Bestreitung der staatlichen Ausgaben

im Lande zur Verfügung stelle. — Gleichzeitig traf die Nachricht ein, daß

in Schwellingen 900 Arbeiter der Hauptwerkstätte die Arbeit niedergelegt hätten. Der Finanzminister begab sich sofort zur Konferenz der Vertreter der Werkstättenarbeiter, die zufällig in den Geschäftsräumen der Generaldirektion tagte und sandte von dort aus ein Telegramm nach Schwellingen des Inhalts, daß die Streikenden die Arbeit wieder aufnehmen sollten. Die Feuerungsbeihilfe könne nur unter diesen Umständen im Haushaltsauschuß zur endgültigen Lösung gebracht werden.

Es trat dann die Mittagspause ein. Nachschrift: Um 1/2 12 Uhr nachmittags wurde die Arbeit in der Hauptwerkstätte in Schwellingen wieder aufgenommen.

(Nachmittagsitzung.)

Nach mehrstündiger Aussprache wurde in den heutigen Verhandlungen der Haushaltskommission des Landtags ein gewisses Ergebnis bezüglich der Gewährung einer Beihilfungszulage insofern erzielt, als bestimmte Vorschläge vorliegen, die eine Einigung der Parteien erhoffen lassen. — Zur endgültigen Entscheidung sind die Fraktionen auf Freitag telegraphisch einzuberufen.

Der Dolch des deutschen nationalen Privatbozenten.

gr. Mit Emphase wurde auf dem deutschen nationalen Landesparteitag von Herrn Thüringer u. a. betont, daß seine Partei ihre Ziele auf dem Boden der Volkswirtschaft durchsetzen wolle, wie überhaupt in der Volkswirtschaft sich die Herren unter sich, dann reden sie ganz anders. Hierzu liefert die Frankfurter „Wolfsstimme“ folgenden interessanten Beitrag:

„Am Mittwoch voriger Woche sprach im Karlsbause zu Frankfurt in einer Versammlung des Deutschen Schuh- und Trugbundes“ vor rund 400 Personen der Privatdozent Dr. Hugo aus Heidelberg, Vorstandsmittelglied der „Deutschen nationalen Volkspartei Badens“, über „Reinigung des deutschen Volkes“. Nachdem der Monarchist Wilhelm II. als „Reinigung“ bezeichnet hatte, zog er über Sozialdemokratie, Zentrum und Demokraten her und sprach vom Schluß von den Juden, die er nie anders als „Friedensengel“ tituliert. Man habe diesen als „Arianer“ das Wohnrecht bewilligt. Da sie sich jedoch lästig gemacht hätten, müßten sie schleunigst aus Deutschland heraus. Wenn sie nicht freiwillig gingen, müßte man ihnen mit Dolch und Meißel an den Hals gehen.“

Zutreffend meint unier Frankfurter Parteiblatte dazu, daß bellende Hunde selten beißen, was, wie wir aus Kenntnis der Persönlichkeit des Redners hinzufügen können, besonders von einem Rhythopathen von Schläge des Herrn Hugo gilt, der sicherlich besser daran tun würde, zur Erholung hinter Gummimauern zu gehen, als Vorträge zu halten bei denen er erklärlicherweise den Beifall von Neuten gleicher Gesundheitsanlage findet.

Der Verband badischer Gewerkschaftsmänner rücherte an das Staatsministerium die Bitte, für das gewerkschaftliche Schulwesen aus der organisierten Gewerkschaftsbewegung als Vertrauensmann in das Unterrichtsministerium ein Kollegialmitglied berufen zu wollen. Auch der Verein der Handelslehrer stellt das gleichzeitige Ansuchen. Für die Volksschullehrerschaft wurde besonndlich diese Forderung schon vor längerer Zeit durchgeführt und auch die Mittelschullehrer haben ihre Vertreter im Ministerium. Nur die Gewerkschaft und Handelslehrer hat man in diesem Sinne noch nicht berücksichtigt, trotzdem gerade auf diesem Gebiete es am dringendsten notwendig wäre, daß Männer im Ministerium vertreten wären, die mit den Berufsverhältnissen innig vertraut sind. Denn nur durch solche kann ein früherer Schritt in das so wichtige Gebiet des gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Schulwesens hineingetragen und unzeitgemäße Maßnahmen des grünen Reiches verhindert werden. Es darf wohl erwartet werden, daß der demokratische Unterrichtsminister dem urdemokratischen Verlangen der Gewerkschaft und Handelslehrer mit vollem Verständnis entgegenkommt.

Das schlafende Heer.
Roman von Clara Viebig.
20. Nachdruck verboten

Wie einen tiefen Schmerz empfand es Helene, daß die Stimmung jenes ersten schönen Abends bei ihrem Minne nicht andauerte. Er hielt sich ganz für sich, schickte wichtige Korrespondenzen vor. Somit lagen die ertia gemachten Briefe immer auf dem kleinen Tisch im Entree, und der Landdiententräger oder der Bote, der gerade zur Post ging, holte sie sich von dort heraus — aber jetzt lag da kein Brief, sie sah keine Adresse. Er hielt keine Tür verriegelt, was er sonst nie getan; jederzeit hatte sie sonst eintreten und ihm über die Schulter weg aufs Papier sehen dürfen. Nicht wie sonst sah er abends bei ihr in ihrem Wohnzimmern; seit Tagen stand sie allein am Fenster und sah über den dunklen See hin zum dunklen Oja Gora, über dem Frühlingsterne funkelten.

Hatte er denn immer noch zu breiten? Die im Sommer bevorstehende Wahl machte ihm unendliche Arbeit — so sagte er ihr. Aber sie glaubte es nicht recht; war da nicht noch etwas andres, etwas, das ihm mehr Qual machte, als alle Arbeit und Wahlunruhe es machen konnten? Ihr schien es fast, als habe er jetzt gar nicht mehr das rechte Interesse für die Wahl. War er denn keiner Sache so sicher oder hatte er die Hoffnung bereits aufgegeben? Sie wußte nicht, was von beidem sie wünschen sollte.

Dolechal sah sich in einer peinlichen Lage. Er hatte, um das, was er für unbedingte Pflicht hielt, nicht länger hinauszufragen, wenige Tage nach seiner Rückkehr von Berlin einen Besuch in Pryborowo gemacht. Er war nicht hinübergegangen, am gewöhnlichen Wochentag, und um in der Sache nicht den Schein von Nichtbeachtung beizulegen, im gewöhnlichen Anzug, so wie man wohl auf einem Säulendergang bei einem nächsten Nachbarn ungeniert vorprdt.

Aber er hatte sich getäuscht, wenn er geglaubt hatte, kein Besuch würde so ganz unangenehm sein. Dafür war er viel zu lange nicht bei Reitners gewesen.

Schon als er durch das Pryborowoer Tor trat, glöbten ihn neugierige Blicke an. Eine kleine Wad stand auf dem Hof und läuterte die Hüfner; eine Wolke von Kobervieh hob um sie auf, als sie jetzt, beim Anblick des Niemyceer Herrn, ihren Futterkorb fallen ließ und mit hurtigen Sprüngen ihrer nackten Kühe dem Hofe zuwühlte.

Als Dolechal an der Klingel zog, wurde er bereits erwartet. Herr Reitner trat ihm aus einem Zimmer, rechts bei der Haustür, entgegen — mit Juridikalität — aber man sah seiner Miene doch die Genugnung an. Der Niemyceer kam zu ihm! Gewiß wegen einer Wahl?

Dolechal hatte gedacht, bei Reitner in das sogenannte Studierzimmer, bei dem Ofen über den Hof hatte, und dessen Tür von hinten Ein und Aus haben, ganz unangenehm eintreten zu dürfen. Er wachte sich auch sofort dorthin. Herr Reitner wachte ihm mit ausgebreiteten Armen den Eintritt: „D ich bitte Sie — mein, das würde meine Frau nicht verzeihen! Bitte, hier herein!“

Er stieß die Tür auf zum Salon, diesen genen jeden Sonnenstrahl und jeden Fliegenhauch verwehrten, mit wohl erhaltenen Plüschmöbeln ausgeschützten Raum, in dem Kornelia am Flügel saß und übte.

„Meine Tochter Kornelia!“ stellte der Hausherr vor. „Meine Jungfrau!“

Der hochaufgestoffene Postisch knickte und mußte nicht, ob er die Hand reichen sollte.

„Meine Frau wird gleich kommen. Entschuldigen Sie, sie war gerade dabei, an Paul zu schreiben, wird aber sofort erscheinen. Darf ich bitten?“ Reitner wies auf einen Plüschessel und setzte sich dann selber dem Besucher fast gegenüber.

Dolechal biß sich auf die Lippen; wie fatal, ganz als hätte er Besuch wurde sein ungezogenes Vorprechen beim Nachbarn aufgefaßt! Die ganze Angelegenheit bekam dadurch ein andres Gesicht. Nun würde auch gleich die Dame des Hauses erscheinen, und die Tochter war auch zu sagen! Uebrigens ein hübsches Mädchen!

Er hatte die Schwägerin Pauls lange nicht gesehen, lebte nun nur so flüchtig, daß ihr Anblick ihn jetzt überforderte. Zwar war der Hof noch halbana bis zu den Knöpfen, aber was

ihm im Keitfeld nicht aufgefallen war: die Formen waren schon sehr entwickelt. Heute hingen ihr auch die Hüfte nicht flüchtig lang herunter wie neulich, halb gelöst auf wildem Ritt; sitzig zu einem Kranz um den Kopf gelockt war das blonde Haar. Die Wimpern niedergeblichlagen auf die leicht bevormerzte, blühende Wangen stand sie da — nein, das war kein Kind mehr!

Eine Wangerende überkam Dolechal: wenn das keine Tochter wäre, wie peinlich würde es ihm sein, das zu hören, was er jetzt dem Vater hier sagen wollte — laach mußte er sich doch einen Aus. „Ja — ich — dachte — ich wollte — ich möchte Sie gern einen Augenblick allein sprechen, lieber Reitner!“ Er stotterte etwas. Zu unangenehm! Zimmer aufgehobener wurde so die Sache und so ganz gegen seinen Willen! Aber er konnte nicht mehr zurück. Mit einer letzten Verbindung wandte er sich gegen Kornelia: „Gnädiges Fräulein entschuldigen!“

„Geh mal raus,“ legte Reitner und setzte sich erwartungsvoll in Position. Was allein sprechen wollte ihn also der Niemyceer! Es schien ihm viel daran zu liegen — weshalb ein Triumph! Nun kam er doch, der Niemyceer, mußte er doch kommen und sich um die Guit des Pryborowoers bewerben! Wenn doch Amalie jetzt zugegen wäre!

„Geh, ru mal Mama,“ rief er seiner Tochter nach, die ihre Noten zusammengerafft hatte und nun mit einem Arm das Zimmer verlassen wollte.

„L, bitte!“ Dolechal legte ihm die Hand auf den Arm, „ich möchte Sie allein sprechen!“ Er betonte das „allein“.

„Also —?“ sagte Reitner, als sich die Tür hinter Kornelia geschlossen hatte. Er war neugierig, aber gewissermaßen auch ein wenig schadenfroh; dem Baron schien es nicht leicht ein Anliegen vorzubringen! So, das kommt davon, warum stellt man sich so mit seinem Nachbarn?

Er tat nichts, nur nichts, dem andern entgegenzukommen — mochte der ihm nur kommen!

(Fortsetzung folgt.)

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 21. Okt. Eröffnung der Sitzung um 1.20 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung stehen Anträge. Es folgt die zweite Beratung des Haushalts:

Reichshaushalt.

Minister Dr. Mayer: Die Verwaltung der im Kriege entstandenen großen industriellen Unternehmungen unter Beteiligung des Reiches (Stahlwerk, Aluminium, Elektrizität) macht nicht mehr Arbeit, da sie in Gesellschaftsform ausgezogen, sich schon selbst tragen. Die finanzielle Kontrolle der Kriegsgesellschaften bezüglich der Buchführung und der Abchlüsse größerer Finanzgeschäfte wird uns nicht mehr allzu lange beschäftigen. Die Hauptarbeit liegt in der Verwaltung und der Bewertung des entbehrlich gewordenen mobilen und immobilienvermögens. An die Verwaltung des mobilen Vermögens müssen wir herantreten ohne Kenntnis der Bestände, ohne Inventur in beständiger Bewegung mit Diebstählen. Zurzeit haben wir 8000 Seereselager und 8000 weitere Stellen, an denen Seeresgut sich befindet. Eine vollständige Inventur ist jetzt durchgeführt. 150 Millionen Reichsmark für verunbrauchtes Gut sind zurückgenommen und weitere 400 Millionen Reichsmark sind zu erschaffen (Beifall). Kontrollstationen nach innen und nach außen sind allenthalben errichtet. Der Vorwurf gegen das Reichsverwaltungsamt ist gegenstandslos. Drei Milliarden Reichsmark sind aus dem Seeresgut erzielt worden. (Beifall.)

Hr. Siebel (Edz.): Der Bericht über die Militärverwaltung gibt ein tröstliches Bild. Die Militärverwaltungen in den Heeres- und Marinebetrieben haben unglücklich gewirtschaftet und waren verhasst. Die Arbeiterchaft hat volles Verständnis dafür, daß die Produktion möglichst gehoben werden muß. Daher erlaube ich mir die Arbeiterchaft annehmen zu lassen, daß die Produktion möglichst gehoben werden muß. Daher erlaube ich mir die Arbeiterchaft annehmen zu lassen, daß die Produktion möglichst gehoben werden muß. Daher erlaube ich mir die Arbeiterchaft annehmen zu lassen, daß die Produktion möglichst gehoben werden muß.

Hr. Erling (Nt.): Die Umstellung der Betriebe, wofür 400 Millionen Reichsmark angefordert werden, ist ein Werk, das noch kein Volk übernommen hat. Intendanten Betriebe müssen aufgegeben werden. Die Nationalversammlung hat die Verantwortung für Vertrauen betriebl. durch die Bewilligung der Mittel. Nun ist es an den Arbeitern und Beamten, dafür zu sorgen, daß die Betriebe gut arbeiten. Der Minister sollte energischer in die Beipenester der Kriegsgesellschaften eingreifen. Darauf wird die Weiterberatung auf morgen nachmittags 1 Uhr vertagt. — Schluß gegen 6 Uhr.

Berlin, 22. Okt.

Eröffnung der Sitzung um 1.15 Uhr nachmittags. Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts:

Reichshaushalt.

Hr. Koch-Düffelbeck (D.N.): Trotz allem guten Willen des Reichsverwaltungsamts sind Verschiebungen in größtem Maße erfolgt. Eine besondere Kommission zur Überwachung wäre erwünscht. Der Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt über Militärvorfälle ist eine einzige Anklage. Das Gesamtministerium hätte viel stärkere Maßnahmen treffen müssen zur sofortigen Umstellung der Betriebe. Wie in Spanien ist es in allen anderen Verfassungen seit einem halben Jahr mit der Wirtschaft immer weitergegangen. Der Terrorismus der Soldatenräte hält die Arbeiter und Beamten in Furcht. Vielleicht kann im Etat noch etwas abgeschritten werden.

General-Kommissar Dr. Weislich vom Reichsverwaltungsamt: Wir haben noch längere Zeit an verlustbringenden Aufträgen zu arbeiten. Bohren und Sachen sind noch nicht entschlossen: beide wollen sich bis Ende dieses Monats entscheiden, ob sie die Betriebe selbst übernehmen wollen. Arbeiter und Angestellte müssen uns unterstützen: sie müssen sich zum Teil beschließen. Welsch haben wir erfreuliches Entgegenkommen gefunden.

Hr. Brühl (U.S.) bemerkt, die Arbeiter hätten vielfach für die Bewertung des Seeresgutes Ratsschlüsse gegeben, die aber nicht befolgt worden seien, besonders in Spanien. Auch unter den neuen Herren werden wiederum verordnet und Befehle, ohne Rücksicht auf die Rechte der Arbeiter, die seit der Revolution das Recht erworben haben, mitzubestimmen.

Eine Reihe von Zielen und Entschlüsseungen des Ausschusses wird angenommen.

Hr. Wieland (Dem.): Auch in die Landesfinanzämter müssen Techniker hineingeholt werden neben den Juristen.

Minister Dr. Mayer: Zwischen der Zahl der Techniker und der Zahl der Juristen besteht ein durchaus günstiges Verhältnis. Auch ist der Aufstieg in die höheren Stellen den Techniken offen.

Hr. Stahl (Soz.) verteidigte die Haltung der Reichsbetriebsräte in der Frage der Spanischer Werkschritte. Deren Schließung sei allein zurückzuführen auf die Haltung der Unabhängigen. Durch Sabotage seien Millionen in Spanien verloren gegangen. Auch die Vermögenden der Unabhängigen wolle sich darüber einig, daß Betriebe mit 240 000 Menschen nicht umgestellt werden könnten. Vielleicht können die Fabrikbetriebe doch irgendwie verwendet werden. Die Arbeiter in den Staatsbetrieben sollen arbeiten.

Hr. Jaub (Nt.) tritt dafür ein, daß bei der Umstellung auf den Mittelstand und die kleinen selbständigen Gewerbe Rücksicht genommen werde.

Minister Dr. Mayer: Die Seeresbetriebe werden Dinge herstellen, an denen das Handwerk das größte Interesse hat. Handwerksvereine sind in vollendeter Beschaffenheit und preiswert. Konkurrenzartikel für das Handwerk werden nicht hergestellt werden.

Der Rest des Etats wird angenommen.

Morgen 1 Uhr: Auswärtiges Amt. — Schluß 6 Uhr.

Näheres über den Tod von Genosse Dr. Frank.

Durch den aus dem Gefangenenlager bei Baccarat entwichenen Banditen Karl Strüß von Bromberg bei Vörsach, der im Mannheimer Duragangslager angekommen ist, erfahren wir nähere Einzelheiten über Dr. Frank's Heidenlo. Frank war bei der 1. Kompanie der 110er und bei dem verhängnisvollen Gefechte der Rebenamerad Strüß. Er war erst drei Tage bei der Kompanie, als diese den Befehl erhielt, in Stellung zu gehen. Es handelte sich an diesem Tage darum, die Franzosen so weit als möglich von der Grenze hinwegzudrängen. Am 8. September, vormittags, nachdem die Kompanie die Stellung besogen, begann um 9 Uhr das Gefecht. Die Kompanie ging auf freiem Gelände in Schützenlinie in Sprungweise vor. Man war eben an einer Waldspitze angelangt, als die Angreifer von dem Feinde, weißen und schwarzen Franzosen heratt von einem Angelenken überschüttet wurden, daß sie noch etwa 100 Meter vorgehen wollten, um Stellung zu erhalten. Dr. Frank, ein junger Mann, Oberleutnant wurde. Ein letzter rief: „Dr. Frank, wollen wir noch einen Sprung machen?“ erwiderte Strüß: „Der Oberleutnant, Dr. Frank ist tot.“ Ein Bild seitwärts ginge genügt, um zu zeigen, wie Dr. Frank den Kopf auf die Erde sinken ließ. Sein Schwert entfiel seinen Händen. Er hatte das Gewehr noch in der Hand. Ein Teil der Truppen

schwärzte zur Planke bedeckte jeitlich aus, dann trat das Regiment den Rückzug an. Strüß ging, nachdem das Regiment in Sicherheit, mit einer Patrouille vor und brachte Dr. Frank's Papiere und sonstige Wertgegenstände. Noch siebenmal wagte es der mutige Mann, mit einer Patrouille hinauszugehen, um auch die Leiche Frank's zu bergen — es mißlang. Die Augen flohen, hagel dicht und 14 Mann von den Patrouillen kamen nicht wieder. Es mußte endgültig aufgegeben werden, Frank zu bergen und zwei Tage später zog sich das Regiment an die Meise zurück. Die Franzosen beerdigten Frank auf der Stelle wo er fiel. — Strüß wurde am 15. April 1915 beim Kampf um die Dorettohöhe gefangen genommen. Nach einem mißglückten Fluchtversuch kam er in das Lager von Baccarat, wo er mit anderen Gefangenen mit Aufbaumarbeiten auf den Schiffsfeldern und dem Ausheben von Schützengraben beschäftigt wurde. Er fand die Stelle, wo Frank die tödliche Wunde erlitt, bereits überdeckt; alle Gefallen hatte man ausgegraben und auf dem Friedhofe zu Baccarat gebettet.

Aus der Partei.

Sozialistische Beamte und Lehrer.

Am Sonntag, 26. Oktober 1919, morgens 10 Uhr, findet im Saale der „Alten Linden“ zu Karlsruhe, Ede Jirfel und Adlerstraße, die Landesversammlung der sozialdemokratischen Beamten und Lehrer statt.

Tagesordnung: 1. Bericht über die bisherige Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft. 2. Endgültige Konstituierung. 3. Ausbau des Organisations. 4. Behandlung von Anträgen.

Die Ortsgruppen der Arbeitsgemeinschaften werden aufgeföhert, Vertreter zu entsenden.

D. Wech, Eisenbahnstraße, Karlsruhe, Büchlinstraße 11.

Obwohlheim, 23. Okt. Samstag abend 8 1/2 Uhr findet im „Lamm“ eine Mitgliederversammlung unserer Partei statt. Unsere Parteigenossen wie auch die Landarbeiter und Lehrer der Parteipresse sind zu der Versammlung eingeladen. Die Tagesordnung ist sehr wichtig, es ist deshalb volgzähliges Erscheinen erwünscht.

Gewerkschaftliches.

Abfassung des Trinkgeldes im Mannheimer Gastwirts-gewerbe. In der Lohnbewegung im Gastwirts-gewerbe in Mannheim hat der Schlichtungsausschuß folgenden Schiedsspruch gefällt: Das Trinkgeld im Gastwirts-gewerbe bleibt prinzipiell abgelehnt. Der gegenwärtige Tarif bleibt bis zur Einführung des fünflichen bestehen.

Metallarbeiter-Generalversammlung.

(Schluß des 5. Verhandlungstages.)

Stuttgart, 18. Oktober.

In seinem Schlußwort brachte Reichel dem Verband einen Abschiedsbrief Schüdes zur Kenntnis und führte aus: Schüde hand an die Wiege des Verbandes und war sein geistiger Führer. Die Gerechtigkeit gebietet, ihm bei seinem Schcheiden den ungeschmälerten Dank des Verbandes zum Ausdruck zu bringen. Bei aller Meinungsverschiedenheit sind wir doch alle einig in der Überzeugung, daß Schüde stets nur das Beste für die Kollegenchaft getan hat. Wir wollen hoffen, daß die Bande, die uns bisher mit ihm verbunden, auch für die Zukunft aufrecht erhalten bleiben. (Allgemeines Bravo.)

Diesen Ausführungen schlossen sich Dankfagungen des Vorstehenden Brandes sowie Dikmanns und Haas an.

Ein Antrag Dikmann, der eine Kommission zur Ausarbeitung eines Wahlreglements, die dem Verbandstag zur Beschlußfassung Bericht erstatten soll, einsetzen will, wird abgelehnt.

6. Verhandlungstag.

Die heutige Sitzung begann mit einem Referat Zernickes über die Arbeitsgemeinschaften und die nächsten Aufgaben unserer Organisation. Er führte aus: Die Grundgedanken bisher in unserem Gewerkschaftswesen galten, kommen in den Satzungen der Arbeitsgemeinschaften zum Ausdruck. Der fundamentale Unterschied zwischen den Arbeitsgemeinschaften und dem Mittelstand nach Richard Müller besteht darin, daß wir alle sozialen und wirtschaftlichen Fragen, alle bisherigen Gemeinwohlfragen zwischen den Organisationen gemeinsam durch paritätisch zusammengesetzte Kommissionen beraten wollen, während Müller die Unternehmer ausschalten und die Parität nicht beibehalten will. Müller verzichtet auf das Recht der gemeinsamen Zusammenarbeit. Diejenigen, die glauben am 9. November habe mit der politischen und sozialen Revolution geföhrt, befinden sich in großem Irrtum. Der Kapitalismus ist noch nicht zusammengebrochen. Es ist ein Grundirrtum, wenn man annimmt, das deutsche Proletariat kann allein die sozialisierte Wirtschaft durchziehen. Durch Dekret kann man zwar einschneiden, aber damit ist noch nicht der Sozialismus durchgeföhrt. Denn durch Dekret läßt sich weder Herz noch Hirn in den Händen der Allgemeinheit befehlen. Durch eine kräftige und breiten geschwängerte Rede, lieber Dikmann, kann man ihn nicht durchziehen. (Sehr richtig!) bei der Widerheit.) Andere Erziehung zur Arbeit und unter Weg werden sicher zum Sozialismus führen. Wer eine feste Basis hat und keine Wetterfahne ist, wird sich durch Phrasen nicht beirren lassen. Die Arbeitsgemeinschaften sind kein Mittel zur Verwässerung des Klassenkampfes, sondern zur Leistung praktischer Gegenwartsarbeit. Unser Wirtschaftskörper ist schon darum nicht reif zur Sozialisierung, weil das Volk geistig noch nicht dazu reif ist. Gehen wir daher den Weg weiter, den der Vorstand bisher mit den Instanzen des Verbandes gegangen ist — nur so werden wir arbeiten im Interesse und zum Wohle unseres Landes und der Arbeiterchaft. (Stimm. Beifall bei der Widerheit.)

Waldmann erfaßt als Referent Richard Müller das Wort. Seine zweifelsfrei durchgeführten Ausführungen, während der Müller den Rückzug der Arbeitsgemeinschaften alserrat am Proletariat und die Betriebsräte in ihrer jetzigen Form als Oberbegriff der Unternehmer bezeichnet, finden ihren Niederschlag in einer langen Erklärung, die u. a. lautet: Die Novemberrevolution hat der deutschen Arbeiterchaft die Beteiligung von kapitalistischen noch nicht gebracht. Beim Ausdruck der Revolution verbot die kapitalistische Gesellschaft, durch streifen Zusammenstoß ihre Kräfte und deren rücksichtslose Einsetzung im wirtschaftlichen und politischen Kampf, ferner durch Dienstbarmachung der politischen und militärischen Gewaltmittel die Arbeiterchaft zu willenlosen Ausbeutungsböden herabzudrücken. Am Schluß fordert die Erklärung von der Generalversammlung die Ablehnung jeder Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern und Anerkennung des durch die wirtschaftlichen Kämpfe erforderlichen Klassenkampfes. — Eine von der Widerheit eingereichte Resolution erntet die Überzeugung aus, daß die Einführung der wirtschaftlichen Freiheit nur durch den weiteren Gebrauch der alten und bewährten Kampfmittel erfolgen kann. Die Ablehnung der Arbeitsgemeinschaften würde die Verachtung der Arbeiterchaft um die Möglichkeit zur Verbesserung ihrer Lage bedeuten. Ferner wird die Einordnung des wirtschaftlichen Klassenkampfes in den Rahmen der Gewerkschaften geföhrt.

Ergebnis der Vorstandswahl.

Stuttgart, 22. Okt. Die am 21. Oktober vorgenommene Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Dikmann, Brandes und Reichel, Vorstehende mit gleichen Stimmen. Berner und Schäfer, Kassierer. Sidert, Schliebedt und Lott, Sekretäre. Richard Müller und Haas (Stimm), Metallarbeiter. Lang und Baumann (Frankfurt a. M.), Ausschüßvorsitzende.

Aus dem Lande.

Jugendbund. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Lokal „Goldener Löwe“ eine wichtige Besprechung statt. Anschließend ist wieder Einüben von Volkstheatern. Das Wiederbuch ist mitzubringen. Diejenigen, die Szenographie erlernen wollen, werden ersucht, sich beim Jugendleiter zu melden.

Bruchsal. Volkszählung 1919. Die Volkszählung ergab folgendes Ergebnis: Anwesende männliche Personen 7302, weibliche 8012, zusammen 15 314 Personen; 1905 waren es 14 931, 1910: 15 391, 1916: 16 125, 1917: 14 871 Personen. Der Stand dürfte dem von 1910 gleichbleiben, allerdings kommt in Betracht, daß das Militär in Beurlaubung, aber auch die Befehlsten sind in Abzug zu bringen.

Offenhaltung der Verkaufslöke. In einer Mitglieder- versammlung der Handelsgenossenschaft der Stadt Rastatt wurde beschloffen, bezüglich der Offenhaltung der Verkaufslöke am Sonntagen statt der gesetzlich vorgeschriebenen 10 Sonntage sieben Sonntage in Voridlag zu bringen, und zwar: je zwei Sonntage vor Allerheiligen, vor Ostern und vor Weihnachten und einen Sonntag zwischen Weihnachten und Neujahr für die Buchhändler. Die Verkaufszeit soll von 1 bis 5 Uhr nachmittags festgesetzt werden. Die Verkaufszeit an Donnerstagen und Samstagtagen soll demerz geregelt werden, daß Donnerstags im Winter von 8 Uhr ab geöffinet und die Stunde Samstag abends in Beurlaubung kommen soll.

Waldshut. Lichtbildervortrag. Das Gewerkschaftskarteil weist nochmals auf den am Freitag, 24. Okt., um 8 1/2 Uhr abends, im Grünen Hofsaal stattfindenden Vortrag mit Lichtbildern von Herrn Dr. Kanner über die Bekämpfung der Tuberkulose hin. Sowohl die bekannte populäre und leicht verständliche Vortragsweise des Referenten wie auch das gewählte Thema versprechen einen interessanten Abend. In der jetzigen schweren Zeit, wo die Zahl der mit der Proletarierchaft behafteten Witwenkinder zu einer noch nie dagewesenen Höhe sich gesteigert hat, ist es doppelt notwendig, daß sich jeder denkende Mensch, ob Mann oder Frau, über diese Krankheit aufklären läßt. Karten für die Vorträge im Oktober, November, Dezember d. J. sind zum Preise von 1 M am Saaleingang und bei den Kartellbegleitern erhältlich.

Baden-Baden. Volkshochschulkurse. Der vom Stadtrat eingesetzte sozialpolitische Ausschüß erlaßt folgende Einladung: Auch in unserer Stadt sollen „Volkshochschulkurse“ ins Leben treten. Sie werden allen erwachsenen Männern und Frauen, insbesondere Jüngeren, im praktischen Leben stehenden Gelegenheit bieten, ihre Kenntnisse zu bereichern, ihre Lebensanschauung zu vertiefen und zu erweitern. Solche Kurse sind für den Winter zwei beabsichtigt. Der erste wird 4 Vortragsabende umfassen: 1. Erziehung und Aufbau, Prof. Dr. Daur. 2. Wenn Steine reden (Allgemeine Geologie und Geol. von Süddeutschland), Dr. Ebert. 3. Der vorsehliche Mensch in Europa und seine Kultur, Prof. Artmann. 4. Einführung in die Philosophie, Geh. Hofrat Dr. Debo. Die Vorträge finden in der Oberrealschule abends von 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr statt, und zwar die der ersten Reihe stets am Mittwoch, die der zweiten am Freitag, die der dritten am Donnerstag, die der vierten am Dienstag. Das Honorar für eine etwa 10 Vorträge umfassende Reihe beträgt 4 M, für eine weitere 3 M, eine dritte 2 M und die vierte 1 M. Einzelanmeldungen werden in der Bildlichen Buchhandlung und beim Schuldiener der Oberrealschule entgegengenommen. Die Vorträge beginnen am Dienstag, den 28. 10. 1919.

Der Konjum-Berein für Baden-Baden und Umgebung hielt Mittwoch abend in der „Brauerei Becker“ seine 6. ordentliche Generalversammlung ab. Der Geschäftsführer Richter gab in längerer Ausführungen ein Bild über die Entwicklung des Vereins, beleuchtete unsere ganze Ernährungs-Wirtschaft mit all ihren unerfreulichen Erscheinungen: Schieber- und Wuchererum. Der Verein hat im letzten Jahre, dem achten seines Bestehens, eine ungeheürliche Entwicklung genommen. Im vergangenen Jahr noch unterhielt der Verein 4 Verteilungsstellen, heute sind es deren 13. Durch die politischen Verhältnisse veranlaßt, übernahm der Verein die badischen Verteilungsstellen des Konjum-Bereins Straßburg in Laub, Neßl und Offenburg. Dazu kam die Verschmelzung des Konjum-Bereins Cos mit dem jetzigen Verein, und dem Drängen der Verbraucher nachkommend, die Eröffnung neuer Verteilungsstellen in Rastatt und Gaggenau, denen nun Kuppenheim und Ottenhöfen folgten. Die Mitgliederzahl ist von 1100 auf 4300 gestiegen, der Umsatz von 318 000 M auf 797 000 M und dürfte alle Voraussichten nach im laufenden Geschäftsjahr 1 1/2 Millionen Reichsmark erreichen. Leider haben hier in Baden-Baden noch nicht alle Arbeiter begriffen, daß sie in den Konjumverein hineingehören; sie laufen lieber in die Läden, in denen Schieber- und Wuchererware zu entsprechenden Preisen zu haben sind. Hier müssen u. E. die Gewerkschaften in ihren Versammlungen erzieherisch einwirken und fortwährend zur Mitgliedschaft beim Konjum-Berein auf-fordern. — Der Vorstehende des Ausschüßrats, Dr. Grobde, wies mit ernsten Worten auf unsere trübseligen wirtschaftlichen Verhältnisse hin und warnte vor jedem Optimismus, der uns jetzt schädlich sei. Es sei verfehlt, nur den Wucher und die Schieber für unsere Zustände verantwortlich zu machen. Gewiß, sie tragen ihr vollgerichtetes Maß Schuld mit, aber das allgemeine Mißtrauen auf der ganzen Welt gerüttelt unsere Wirtschaft, ruiniere unsere Geldverhältnisse. — Die kurze Aussprache bewegte sich im gleichen Sinne. In den Ausschüßrat wurde neu gewählt: Hrl. Eberlein, Vertrieherin des Lehrerenheims in Pfälzental. Für den zum Verbandsekretär gemählten Geschäftsführer Richter fand die Versammlung in Anerkennung seiner Verdienste um den Konjum-Berein ehrende Abschiedsworte.

Offenburg. Kartellversammlung. Am Samstag, 25. Okt., abends 8 1/2 Uhr, findet in Mundingers Lokal unsere Mitgliederversammlung statt. Da verschiedene wichtige Punkte, wie Aussprache über Organisationsarbeit, ferner Revolutionsfeier am 9. Nov., zu erledigen sind, werden die Mitglieder gebeten, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Die Volkshochschullehrer und Gewerkschaftskollegen sind ebenfalls eingeladen.

Volkszählung. Offenburg hat nach dem vorläufigen Ergebnis der Volkszählung 16 224 Einwohner. Bei der letzten Zählung 1910 betrug die Einwohnerzahl mit Garnison 16 947.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 23. Oktober.

Wohnungsnot.

Man schreibt uns zu diesem Kapitel: Während bei sämtlichen Hausbesitzern hier auch bei den kleinsten Dachflüchlein gesucht wird, um die Wohnungsnot zu steuern, steht hier die große Munitionsfabrik mit den riesigen Verwaltungsgebäuden vollständig leer. In den Verwaltungsgebäuden allein könnten 20 bis 30 Mieter ohne jede Abänderung mit Leichtigkeit untergebracht werden; während in den Miesenzabriten untergebracht werden könnten mindestens 100 Wohnungen mit ganz unbedeutenden Kosten mindestens 100 Wohnungen mit ganz unbedeutenden Kosten mindestens 100 Wohnungen mit ganz unbedeutenden Kosten... (Text continues with details of housing shortages and factory buildings).

Verein Arbeiter-Jugend Karlsruhe. Heute abend 8 Uhr findet im Lokal, im Handarbeitersaal der Gehelstraße, Kreuzstraße, ein Vortrag von Gen. Stadtrat Dr. Diez über die badische Verfassung statt. Die Jugendgenossen und Genossinnen werden zu diesem Vortrag mit der Bitte, vollständig zu erscheinen, eingeladen. — Auch werden heute abend die Eintrittskarten zum Konzert des Instrumentalvereins am nächsten Mittwoch ausgegeben; der Preis der Karten beträgt 55 P.

Sozialistische Beamten und Lehrer. Am kommenden Freitag, 24. Oktober, spricht in der Versammlung der Soz. Beamten und Lehrer in der „Alten Lende“ (Ecke Birkel und Adlerstraße) Gen. Eisenbahnsekretär Beck über das Thema: „Was versteht der Soz. Beamte unter einer gewerkschaftlichen Organisation für Beamte?“ Die Wichtigkeit der gewerkschaftlichen Durchbildung der Beamten erfordert das Erscheinen aller Mitglieder.

Abendunterhaltung der Soz. Beamten und Lehrer. Am Freitag, 24. Oktober, findet bei freiem Eintritt am Sonntag, den 26. Oktober, abends 7 Uhr, im Saale der „Rose“, Amalienstraße 87 (beim Kaiserplatz) eine Abendunterhaltung mit künstlerischen Darbietungen statt. Der Besuch dieser Veranstaltung, die ein gediegenes abwechslungsreiches Programm bietet, kann unseren Mitgliedern nur bestens empfohlen werden. (Näheres siehe Inserat!)

Der Heine-Abend des Bildungsausschusses unserer Partei nahm einen schönen Verlauf; der kleine Saal der Festhalle war voll besetzt. Die Mitwirkenden, Gen. Dr. Kullmann mit seinem einführenden Vortrag, Fräulein Dell und Herr Schwerdt mit ihren prächtigen Liedern, Frau Girndt mit ihrer trefflichen Begleitung, Frau Pix und Herr Schönfeldt mit ihren schönen Rezitationen ernteten reichen Beifall. Diese erste Veranstaltung des Bildungsausschusses kann als voller Erfolg gebucht werden. Wir werden über den Verlauf des Abend noch eingehender berichten.

Schule und Kostennot. Das Unterrichtsministerium hat angeordnet, daß die Schulbehörden den Schluß des Vormittagsunterrichts so zu legen haben, damit Schülern und Lehrern die Einnahme eines warmen Mittagessens, dessen Herstellung sich nach der Gaspreiserhöhung, möglich ist. Wenn möglich soll die Unterrichtsstunde verkürzt werden.

Freigabe des Unterrichts an Allerleuten. Da in diesem Jahre der Gedächtnistag Allerleuten wegen des auf den 2. November fallenden Sonntags am Montag, dem 3. November, gefeiert wird, soll den katholischen Lehrern und Schülern der Besuch des Gottesdienstes an diesem Tage ermöglicht und der Unterricht an der dazu erforderlichen Zeit für alle Schüler freigegeben werden.

H. Ruppert, Sozialdem. Verein. Am kommenden Sonntag veranstaltet Gen. Kadner-Karlsruhe im „Eckhorn“ 2 Lichtbildervorträge. Nachmittags werden für Kinder Märchen-Lichtbilder vorgeführt. Der Eintritt beträgt 10 P. Abends lautet das Thema: „Wandertafeln in Heimat und Fremde“ und kostet der Eintritt 30 P. Die Ruppert-Arbeiterkassette wird ersucht, diese genutzte Veranstaltung zahlreich zu besuchen und nachmittags die Kinder abends 7 1/2 Uhr im „Jägerklub“ stattfindenden Kinderabend aufmerksam. Hierzu ist der Eintritt frei.

Karten zu den Lichtbildervorträgen sind im Anlauf; auch Gen. Wör in der Gartenstadt, Astenweg, verkauft solche und am Saaleingang sind sie zu haben.

Aus dem Malergewerbe. In Ausführung des Beschlusses der am 29. September ds. J. stattgefundenen öffentlichen Versammlung unterbreitete die örtliche Organisationsleitung dem Ortsrat für das Malergewerbe am 30. September ds. J. neue Lohnforderungen und zwar 250 P. für über 20 Jahre und 240 P. für unter 20 Jahre alte Gesellen. Der Vorsitzende des Ortsrates, Herr Dr. Reutum, lud hierauf die Parteien auf den 11. Oktober ds. J. zu einer Sitzung ein. Zwischen den beiden Hauptverbänden der Arbeitgeber und Gesellenorganisationen über einig gekommen, am 13. Oktober ds. J. in zentrale Verhandlungen einzutreten. Dieses veranlaßte die hiesige Arbeitgeberorganisation von den zentralen Verhandlungen von vornherein zurückzutreten und die zentralen Verhandlungen abzuwarten. Über das Ergebnis dieser Verhandlungen wird in einer am Freitag den 24. Oktober, abends 5 Uhr, in der Restauration zum „Goldenen Adler“ stattfindenden öffentlichen Versammlung Bericht erstattet. Das Erscheinen sämtlicher Berufskollegen ist dringend notwendig.

Bestellung der Briefsendungen in Karlsruhe im Winterhalbjahr 1919/20. Die hier eingehenden Briefsendungen werden abgetragen: Die bis 6.50 vorm. angekommenen um 7 1/2 vorm., die bis 11.30 vorm. angekommenen um 11 1/2 vorm., die bis 5.15 nachm. angekommenen um 5.30 nachm.

Liste für heimkehrende Kriegsgefangene. Der Zentralverband der Angehörigen ist bereit, den heimgekehrten Kriegsgefangenen, die ihre Wiedereinstellung auf Grund der Verordnung vom 3. Sept. 1919 von ihrem Arbeitgeber fordern, volle Unterstützung durch Rat und Tat zu gewähren. Berufskollegen wollen sich vertrauensvoll an die Geschäftsstelle, Erbsprinzenstraße 17, wenden. Sie erhalten dort auch Auskünfte darüber, welches Einkommen sie auf Grund der abgeschlossenen Tarifverträge bei ihrer Wiedereinstellung zu beanspruchen haben. Einbrecher im Etagegebäude der Altbahn. Gestern nacht wurde auf dem Altbahnhof an der Reichstraße einbrochen. Die Diebstahlsbande muß aus mehreren Personen be-

standen haben, da ein fünf Zentner schwerer eiserner Geldschrank weggeschleppt wurde. Von den Dieben fehlt bis jetzt jede Spur. Der Inhalt des Schrankes betrug circa 3000 M.

Letzte Nachrichten.

Strenge Maßregeln wegen der Lebensmittelnot.
 WTB. Köln, 23. Okt. Angesichts der knappen Lebensmittelversorgung der Zivilbevölkerung erbat die britische Militärbehörde strengste Durchführung der Lebensmittelgesetzgebung und Verordnungen in der britischen Zone an. Danach müssen die Erzeuger nach Maßgabe der deutschen Gesetzgebung den gesamten Ertrag der Ernte abzüglich der ihnen zuzurechnenden Mengen abliefern. Vertreter von Behörden sind berechtigt, alle Häuser, Gärten, Keller usw. zu durchsuchen. In landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigte Personen dürfen anteile von Lohn Lebensmitteln nur in den festgelegten vorgezeichneten Ausnahmefällen erhalten. Die Verantwortung für die Durchführung der Lebensmittelgesetzgebung trifft die deutsche Zivilbehörde. Die britische Militärbehörde wird sie dabei unterstützen und auch verlangen, daß Beamte, die ihre Pflicht bei der Durchführung ihrer Aufgabe verlegen, ihres Amtes enthoben werden.

Wahlen in Vorkriegsgebiet.
 WTB. Vorkriegsgebiet, 23. Okt. Die am Sonntag in der Provinz Vorkriegsgebiet abgehaltenen Gemeinderatswahlen erbrachten den Beweis dafür, welche kleine Teile der Bevölkerung hinter der Regierung stehen. In Vorkriegsgebiet wurden 10 Kandidaten der Vereinigten politischen Parteien und zwei Unabhängige gegenüber drei der republikanischen Partei gewählt. In Oberhessen war das Ergebnis noch günstiger: Es wurden gewählt 4 Demokraten, 2 Reichsparteiler, 2 Unabhängige, 2 Zentrumsdemokraten und 2 Deutsche Volksparteiler, während die republikanische Partei ganz durchfiel.

Proteststreik gegen die belgische Truppen.
 WTB. Greifeld, 23. Okt. Gestern nachmittags 3 Uhr ist die gesamte Arbeiterschaft in den Ausstand getreten. Um 4 Uhr stellten auch die Straßenbahnen ihre Tätigkeit ein. Der gesamte Verkehr am Niederrhein ruht. Seit 2 Uhr nachts findet der Zugverkehr der Staatsbahnen ebenfalls nicht mehr statt. Bei einer Kundgebung in Spidellal unter freiem Himmel, an der 50000 Personen teilnahmen, wurde in einer Entschlossenheit ausgesprochen: protestieren gegen die Übergriffe der belgischen Besatzungstruppen.

Kraftwagen für Kohlenversorgung.
 Koblenz, 23. Okt. Nach einer Mitteilung der hier erscheinenden amerikanischen Zeitung soll das internationale Kohlenkomitee auf Veranlassung des amerikanischen Hauptquartiers verfügt haben, daß von den Kraftwagen, die Deutschland laut Friedensvertrag abzuliefern hat, 1000 zur Verfügung gestellt werden für Kohlentransporte. Auf diese Weise sei die Kohlenversorgung für die von den Amerikanern besetzten Gebiete geregelt.

Neue Maßnahmen im Verkehrsverkehr?
 Berlin, 23. Okt. Eine vom Reichsminister für heute einberufene Sitzung des Ausschusses von Verkehrsbehörden wird sich laut „Voss. Ztg.“ mit der Frage beschäftigen, ob es zweckmäßig ist, durch die Erteilung von besonderen Vollmachten zur Zusammenfassung aller Verkehrsfragen auf dem Gebiete der Eisenbahnen und der Schifffahrt Maßnahmen zur Ueberwindung des bestehenden Notstandes in die Wege zu leiten.

Frankreichs Vorkriegspolitik gegen deutsche Befehlsleute.
 WTB. Berlin, 23. Okt. Der Reichskommissar für Kriegs- und Zivilverwaltung teilt mit: Trotz aller Bemühungen von deutscher Seite ist es nicht gelungen, bei der französischen Regierung durchzusetzen, daß die jetzt heimkehrenden Zivilverbannten noch den zur Empfang vorbereiteten Uebernahmestationen Konstanz und Weik geleitet werden.

Regierungen und Schülerverbindungen.
 Berlin, 23. Okt. In ihrer, an die Verhandlungen der Vorkriegskonferenz zur Reichsschulungskonferenz anschließenden Sitzung, beschäftigten sich die Kultusminister der deutschen Gliedstaaten zunächst mit den politischen Schülerverbindungen. Es herrschte Uebereinstimmung, daß die Schule politisch neutral bleiben müsse, daß mitten innerhalb der Schule Parteipolitik nicht getrieben werden dürfe. Sodann wurde u. a. beschlossen, den Beginn des Schuljahres im Frühjahr möglichst auf den 1. April jeden Jahres reichsgesetzliche Regelung zu erstreben.

Unfall des Vizepräsidenten Löbe.
 Breslau, 22. Okt. Als der Reichspräsident von der Ausstellung zurückkehrte, lief ein Kind vor einen der Wagen, in dem sich u. a. Vizepräsident Löbe befand. Der Wagen wurde hart gebremst und blieb um. Zwei Straßenpassanten sind schwer verletzt. Die Unfallschaden sind leichten Verletzungen davon.

Ein Pump für Entenschnitten.
 WTB. Amsterdam, 23. Okt. Laut Pressbüro Radio meldet „New York Times“, daß die Allierten auf dem internationalen Bankkongress in Atlantic City für Frankreich, Italien und Belgien um Kredite in Höhe von 2-10 Milliarden ersuchen werden.

Verhaftungen in Lothringen.
 Metz, 23. Okt. Agence Havas. Die Genarmee verhaftete etwa 100 Personen deutscher Nationalität in den industriellen Unternehmungen von Raon-la-Postolle, Lunéville und Dombas. Sie wurden mittels Automobile nach dem Garnisongegendnis von Metz gebracht und werden am kommenden Mittwoch über die Reichswehrrückführung abgehoben werden. Die Verhaftungen sind keineswegs auf die letzten Streiks zurückzuführen, sondern auf die Tatsache, daß diese Leute gegen alles, was nicht deutsch ist, in diesen Industriegebieten agitieren.

England verzögert den Frieden.
 Bern, 23. Okt. Nach einem Pariser Bericht des „Corriere della Sera“ zeigt England besonders der Belgier, die Fertigstellung aller Verträge über die Kapitulation des Friedensvertrages, durch die dieser in Kraft treten würde, möglich ist zu verzögern. England läßt sich dabei weniger vom politischen als von praktischen Gründen leiten, da der jetzige Zustand ein größeres Druck auf Deutschland erlaube, wie z. B. bei der Regelung der belgischen Angelegenheit. Aber auch handelspolitische Gründe seien für die Haltung Englands maßgebend, da „England das Erscheinen deutscher Produkte auf dem Weltmarkt im internationalen Wettbewerb möglichst langsam mit allen Mitteln zu verhindern wünsche. Der Korrespondent des „Corriere della Sera“ meint, daß der gegenwärtige Zustand bald ein Ende nehmen werde, weil die meisten Völker die Rückkehr normaler Verhältnisse wünschen.“

Kritische innere Lage in der Türkei.
 WTB. Paris, 23. Okt. Nach einer Meldung aus Konstantinopel sollen hinter dem neuen Kabinett Riza Pascha deutliche Unzufriedenheiten bestehen, die entschlossen seien, so viel wie möglich sich den Entschliessungen der Friedenskonferenz zu widersetzen. Man glaubt deshalb in gut orientierten Kreisen, daß ein Konflikt zwischen dem Sultan, der seit seiner Thronbesteigung ein Feind der Jungtürken sei, und ihnen ausbrechen werde. Die Jungtürken denken daran, ihn durch Prinz Memid Selim zu ersetzen. Inzwischen melden die armenischen Statthalter täglich zahlreiche Morde und Plünderungen, deren Opfer die Christen in der Provinz seien.

Madef arbeitet in Polen.
 T. A. Kopenhagen, 23. Okt. „Berlingske Tidende“ berichtet, nach Meldungen aus Warschau soll Madef nach seiner Ausweisung aus Deutschland sich in Polen aufhalten, wo er bereits daran arbeitet, die Landarbeiter zu organisieren und einen Eisenbahnerstreik vorzubereiten. Die polnische Regierung habe ihn jedoch bereits verhaftet und er soll sich in Grodno im Gefängnis befinden.

Verhäufung der Lage im Baltikum.
 Berlin, 23. Okt. Ueber die Lage im Baltikum in erfährt die „Frankfurter Zeitung“ von zuverlässiger Seite: Nachdem in Verhandlungen zwischen General v. Eberhard und dem litauischen Oberkommando eine gewisse Entspannung eingetreten war, indem das Oberkommando sich verpflichtet hat, einen Befehl auszugeben, der die litauischen Truppen von der einzigen den deutschen Verbänden zur Verfügung stehenden Eisenbahnlinie zurücknimmt, hat sich die Situation neuerdings dadurch verschärft, daß die litauischen Truppen diesen Befehl nicht befolgt haben, sondern in unmittelbarer und bedrohlicher Nähe an die Eisenbahnstrecke herangerückt sind. General v. Eberhard hat sich deshalb genötigt, Eisenbahnsicherungen vorzuschicken. Er entsandte zunächst Parlamentäre, die mit litauischen Truppen verhandeln sollten. Trotz Entsendung dieser Parlamentäre haben die litauischen Truppen das Feuer eröffnet, teilweise sogar unter Verwendung von Artillerie. Im weiteren Verlauf ist es dann zu mehrfachen Zusammenstößen mit litauischen Patrouillen und vorgeschobenen Abteilungen gekommen. Genaue Einzelheiten liegen bis zur Stunde noch nicht vor.

Vom baltischen Kriegsschauplatz.
 T. A. Stockholm, 23. Okt. Die lettische Presse meldet, daß die deutschen Truppen am 19. d. M. in Friedriksstadt verlusten, den Uebergang über die Düna-Brücke zu erzwingen. Der Angriff wurde abge schlagen.

Die Kämpfe um Petersburg.
 Paris, 23. Okt. Die Agence Union meldet aus Rebal, daß die Armee des Generals Judentich, die Zarsoje Soelo besetzte, sich gegenwärtig bei Baltow 10 Km. von der Hauptstadt entfernt, befindet. Die Eisenbahn von Zarsoje Soelo ist wieder in Stand gesetzt. Das Vordringen auf Petersburg wird unaufhaltsam fortgesetzt. In der Stadt brachen am Mittwoch infolge Mangel an Lebensmitteln Unruhen aus.
 WTB. 23. Okt. Der hiesige Reichsminister verzögert erheblich die Absichten der Europadepartei. Der Kongress der geringen Bergarbeiter Amerikas würgerte sich, am Sonntag den Streik auszuheben, und verlangte, daß zuvor Umf. H. Herberung der Arbeiter erfüllt werden. Der Metallarbeiterstreik dauert nun schon vier Wochen.

Vom russischen Kriegsschauplatz.
 T. A. Stockholm, 23. Okt. Nach den letzten Telegrammen aus Gelsingfors leisten die Bolschewisten vor Petersburg jetzt energischen Widerstand. Sie haben mehrere Panzerverletzungen aus Moskau erhalten. Die Kämpfe finden in der Zone südlich von Petersburg statt.

Von den Kämpfen um Petersburg.
 WTB. London, 23. Okt. Nach einer Robiomedlung englischer Blätter erklärte Trotsky, die Armee, die Petersburg verteidigt, habe den ersten Schlag aus. Petersburg werde nicht fallen. Für seine Verteidigung werde im Lande genügend Kräfte gefunden werden. Jüdisch-plane einen Kavallerievorstoß. Es sind Truppen unterwegs, um Petersburg zu helfen. — Nach russischen Pressemeldungen ist Zarsoje Soelo von den Bolschewiken aufgegeben worden. Bei Caishina finden schwere Kämpfe statt.

Obert Alwaloff vermondt hat an Marshall Foch ein Schreiben gerichtet, in dem er bittet, zu intervenieren, um unmittelsbar Vergleich von russischem Blut zu verhindern und gleichzeitig dringend ersucht, eine Kommission zu seiner Armee aufzusenden. An seine Bitte schließt er einen Appell an Frankreich, ihm bei der energiegelassen Vertreibung des Bolschewismus und bei der Aufrechterhaltung seines Vaterlandes aus Anarchie und Elend zu helfen.

Brigkassen der Redaktion.
 D. Kappel. In Ihrer Angelegenheit ist Antwort eingelaufen. Ihrem Gesuch soll, wenn irgend möglich, entsprochen werden. Senden Sie uns Ihre genaue Adresse. Gruß R.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Revolution Hermann Winter; für den Eigenanteil Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe, Lützenstraße 42.

Vereinsanzeiger.
 Karlsruhe. („Vassalla“). Heute Donnerstag abend pünktlich 8 1/2 Uhr Casparytheater in der Festhalle. Das Erscheinen aller Sänger ist unbedingt notwendig, da auch die Ausweisarten an diesem Abend abgegeben werden. Der Vorstand.
 NB. Umhelfender werden die Programme an die passenden Mitglieder an der Abendkasse gegen Vorzeigen der Ausweisarten abgegeben. 7878 Des Obige.

Wasserstand des Rheins.
 Schusterinsel 75, ref. 5. Wehl 175, ref. 5. Mainz 333, ref. 2. Mannheim 213, ref. 2 Zentimeter.

Unsere Giltalinhaver,
 welche den „Volksfreund“ durch die Post überwiefen erhalten, wollen die für November benötigte Bezahlerzahl spätestens bis zum Montag, den 27. ds. Mts., uns mitteilen, sonst kann die Zustellung bis zum 1. November nicht rechtzeitig erfolgen.
 Verlaß des „Volksfreund“

Sie sparen Geld,
wenn Sie
Pelze, Muffe
Plüsch-
Garnituren
in
Daniels
Konfektions-Haus
Wilmstrasse 34, 1 Tr.
kaufen.
Keine Ladenspesen.

Galerie Moos
Kaiserstrasse 187 L.
44. Sonderausstellung
Oktober 1919
W. Hempfling
M. Kronp u. a.
Geöffnet: 10-6 Uhr
Werktags: 10-6 Uhr
Sonntags: 11-1 Uhr.

Maurer
für Karlsruhe und
Banstede Pforzheim
Telefon 6692
Zimmerleute
werden eingestellt.
Baugeschäft Hof. Heib.
Eberstrasse 24.

Maurer
und
Erdbarbeiter
finden dauernde Beschäftigung.
Rüben bei
E. Hesselschwerdt,
Bach u. Tiefbaugeschäft.
Sofienstrasse 180.

Stärke
Wäsche
besorgt bei achtzigjähriger
Lieferszeit
Dampfwalchanstalt
Schorpp

Annahme - Stellen:
Karlsruhe:
Ludwig-Wilhelmstr. 5,
Kaiserstrasse 34 u. 243,
Gerwigstrasse 48,
Amalienstrasse 15,
Waldstrasse 64,
Wilhelmstrasse 32,
Augustenstrasse 13,
Schillerstrasse 18,
Kaiserstr. 87,
Gabelshorgerstrasse 1,
Rheinstrasse 18.
Durlach:
Hauptstrasse 15.

Sämtliche Sorten
Selle
kauft zu höchsten Tagespreisen
M. Kleinberger,
Karlsruhe
Schwanenstr. 11, Tel. 835.
Händler erhalten Vorzugspreise und erollte Angebote.
7061

Auskunft umsonst bei
Schwerhörigkeit
Ohrgeräusch, nerv. Ohrschmerzen, Glanz, Entzündungen.
Herrn Medikalb
1. No.

Nachversteuerung der Zündwaren und Feuerzeuge.

1. Am 1. Oktober ist das Zündwarensteuergesetz vom 10. September 1919 in Kraft getreten.
2. Die Zündwaren, die sich am 1. Oktober 1919 außerhalb eines angemeldeten Fabrikbetriebes, eines Zoll- oder Steuerzollens oder einer Zollniederlage in Besitz von Herstellern, Wirten, Feuer- oder Konsumvereinen, Kaffee-, Logen- und ähnlichen Vereinigungen befinden, unterliegen der Nachsteuer und, wenn es sich um Zündwaren handelt, die aus dem Ausland eingeführt sind, auch dem Nachzoll.
3. Händler sind alle Personen, die vor dem Inkrafttreten des neuen Zündwarensteuergesetzes Zündwaren in größeren Mengen angekauft haben, um sie nach dem 1. Oktober 1919 weiter zu verkaufen. Konsumvereine, Kaffee-, Logen- und ähnliche Vereinigungen sind, wenn sie die Zündwaren nur an ihre Mitglieder oder nur in ihren eigenen Räumen abgeben. Der Nachsteuer und dem Nachzoll unterliegen auch diejenigen Zündwaren, die sich in Automaten oder ähnlichen Vorrichtungen befinden.

4. Die Nachsteuer beträgt für Zündhölzer, für Zündpfeifen und für Zündflüsschen aus Strohhalmen, Pappe oder sonstigen Stoffen
a) in Schachteln oder anderen Behältnissen mit einem Inhalt von weniger als 30 Stück 1 Pfennig und mit einem Inhalt von 30 bis 60 Stück 1/2 Pfennig für jede Schachtel oder Behältnis,
b) in Schachteln oder anderen Behältnissen mit einem Inhalt von mehr als 60 Stück 1/2 Pfennig für 60 Stück oder einem Bruchteil davon.
Für Feuerzeuge
a) in Schachteln oder anderen Behältnissen mit 20 oder weniger Zündkerzen 5 Pfennig für jede Schachtel oder jedes Behältnis,
b) in größeren Packungen für je 20 Zündkerzen oder einem Bruchteil davon 5 Pfennig.
(Die höheren Nachsteuerhöhen treten nicht ein, wenn die angegebenen Stückzahlen um nicht mehr als 10 vom Hundert überschritten werden.)

Bei Feuerzeugen ganz oder teilweise aus Edelmetall wird ein Zuschlag von zehn vom Hundert des Herstellungsverkaufspreises erhoben.
Für Zündsteine oder Zündschichten aus Zersifen oder anderem Zündmetall, inwieweit sie nicht in Verbindung mit einem Feuerzeuge gebracht sind, 0,10 M für je ein Gramm oder einen Bruchteil davon.
Der Nachzoll wird nur für Zündhölzer u. dgl. sowie für Zündpfeifen erhoben. Er beträgt:
a) für Zündhölzer und Zündpfeifen sowie für Zündflüsschen aus Strohhalmen, Pappe oder sonstigen Stoffen 20 M
b) für Zündkerzen aus Searin, Wachs oder ähnlichen Stoffen 50 M für 100 kg.

5. Von der Nachsteuer sind befreit:
a) Zündhölzer, Zündpfeifen, Zündflüsschen sowie Zündkerzen, die sich in angebrochenen Einzelpackungen befinden.
b) Zündwaren, die unter amtlicher Aufsicht ausgeführt oder auf ein Zoll- oder Steuerlager gebracht werden.
6. Anmeldung. Wer am 1. Oktober der Nachsteuer oder dem Nachzoll unterliegende Zündwaren im Besitz oder Gewahrsam hatte, muß sie spätestens am 15. Oktober bei der Anmeldestelle anmelden, und zwar schriftlich unter Angabe der Art und Menge der Zündwaren sowie des Aufbewahrungsortes. Die Menge ist für Zündhölzer u. dgl. nach der Anzahl der Einzelpackungen und der Stückzahl, für Feuerzeuge nach der Stückzahl und für Zündsteine sowie Zündschichten nach dem Gewicht, und zwar bei den für den Kleinverkauf als Erlösesteine und Erlöschichten hergerichteten Erzeugnissen nach den Größenmessungen und dem Durchschnittsgewichte der einzelnen Muster anzugeben. Bei Feuerzeugen hat außerdem eine Trennung nach den für die Nachsteuerfestsetzung in Betracht kommenden Preisgruppen zu erfolgen. Vermehrt der Nachsteuerpflichtige die Zündwaren nicht selbst, so hat er auch den Namen, Stand und Wohnort des Verwahrers in der Anmeldung zu vermerken. Anmeldepflichtig sind auch alle Zündwaren, die sich in den Privaträumen der Händler befinden, Zündwaren, die sich zurzeit der Ausstellung der Anmeldung unterwegs befinden, müssen vom Empfänger angemeldet werden, sobald sie in seinen Besitz kommen.

Zu den Anmeldungen müssen Vorbrude benutzt werden, die bei jeder Anmeldestelle unentgeltlich abgegeben werden können.
7. Die Anmeldung geschieht bei der Anmeldestelle. Anmeldestelle ist für den Sitz der Bezirksstelle das Hauptsteueramt oder Finanzamt, für die übrigen Gemeinden die Steuerinspektion des Wohnortes des Steuerpflichtigen.
8. Die Zündwarenvorräte werden von den Aufsichtsbeamten nachgeprüft. Die Anmeldepflichtigen haben hierbei die erforderlichen Hilfsdienste zu leisten. Veränderungen des angemeldeten Vorrats, die in der Zeit zwischen der Anmeldung und der Nachprüfung vorkommen, müssen den Beamten unmittelbar vor Beginn der Nachprüfung mitgeteilt und näher nachgewiesen werden.
9. Ueber den Betrag der zu zahlenden Nachsteuer wird dem Zahlungspflichtigen ein Bescheid mitgeteilt. Der Betrag ist innerhalb 14 Tagen nach Empfang der Zahlungsaufforderung (womöglich bargeldlos) zu zahlen. Gegen Sicheheitsleistung kann die Nachsteuer, wenn sie mindestens 150 M. beträgt, für drei Monate gestundet werden.
10. Hinterziehungen der Nachsteuer und sonstige Verletzungen der Vorschriften werden bestraft.

Karlsruhe, den 20. Oktober 1919. 7867
Hauptsteueramt.



Ihr schmeckt ähnlich wie chinesischer Tee!

Nach Art des in China üblichen Verfahrens aus deutschen Blättern hergestellt und ein vorzüglicher Tee-Ersatz u. Tee-Zusatz

Verordnung.

Die Beschäftigung Schwerbeschädigter.
Zum Vollzug der Verordnung betreffend Abänderung der Verordnung über Beschäftigung und Schwerbeschädigter vom 24. September 1919 (Reichs-Gesetzblatt Seite 1720) wird mit sofortiger Wirkung verordnet:

1. Der § 1 der Vollzugsverordnung zu der Verordnung des Reichs der Reichsaufsicht über Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 9. Januar 1919 (Reichs-Gesetzblatt Seite 28) und der Verordnung betreffend Abänderung der Verordnung vom 1. Februar 1919 (Reichs-Gesetzblatt Seite 132) vom 7. März 1919 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 183) erhält folgende Fassung:

§ 1. Am 1. November 1919 haben alle privaten Betriebe, Büro und Verwaltungen, die insgesamt mindestens 25 Beamte, Angestellte und Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts beschäftigen, an das zuständige Bezirksamt zur Weiterleitung an das Arbeitsministerium, Hauptfürsorgestelle der Kriegsschwerbeschädigten und Kriegsschwerbeschädigten, zu melden:

1. Sitz und Art ihres Unternehmens,
2. Sitz ihrer Filialen, Zweigstellen und dergleichen,
3. Anzahl der von ihnen beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeiter.

Hierbei ist zu beachten, daß Beamte, Angestellte und Arbeiter jeder Art, also auch Direktoren, Fechtmeister, Lehrende, ebenso wie Lehrlinge, Solonäre mitzuzählen sind und daß die Angaben für den Hauptbetrieb und die Filialen, Zweigstellen und dergleichen gemacht werden müssen.

4. Die Zahl der von ihnen beschäftigten Schwerbeschädigten.

Schwerbeschädigte sind gemäß § 3 der Verordnung alle Personen, die auf Grund des Mannichsversicherungsgesetzes vom 31. Mai 1908 (Reichs-Gesetzblatt Seite 594) wegen einer Dienstbeschädigung eine Militärrente von 50 oder mehr vom Hundert der vollen Rente beziehen; außerdem die in dem genannten Paragraphen besonders angeführten Personen.

5. Vor- und Zuname, Wohnort, Art der Beschäftigung und Prozentzahl der Rente oder Erwerbsbeschränkung jedes einzelnen beschäftigten Schwerbeschädigten.

§ 2 fällt weg.
Karlsruhe, den 9. Oktober 1919.
Der Staatskommissar
für wirtschaftliche Demobilisierung.
Küster.

Vorstehende Verordnung bringen wir zur öffentlichen Kenntnis mit der Aufforderung, die vorbeschriebene Meldung bis längstens 1. November ds. Js. hierher zu erlassen.
Karlsruhe, den 21. Oktober 1919. 7876
Bahisches Bezirksamt. D. 3. 277.

Wir übernehmen das Trocknen und Mahlen von **Futterartikeln, Welschkorn** und dergl. in großen und kleinen Mengen. 7189
Mahllohn pro Zentner bis M. 10.—
Trockenlohn je nach Beschaffenheit der Ware.
Die Anlieferung kann erfolgen: täglich von 7 1/2-12 Uhr.
Stadt, Dürranlage, Karlsruhe, Stöberstraße 19.

Obsttrester!
Durch Trocknen der Obsttrester gewinnt man ein hochwertiges Futtermittel. Best deshalb die Obsttrester nicht weg, sondern bietet sie der städt. Dürranlage (Stöberstr.) an. 7178
Karlsruhe-Rippurt, 14. Oktober 1919.
Stadt, Landwirtschaftsamt.

Pferde-Verkauf.
Am Donnerstag, den 23. ds. Mts., mittags 1/3 Uhr, versteigern wir im Hofe der Friedrichschule hier
2 Ruffenpony
(Wallach mit Gesicht, 6. und 7jährig, braun und hellbraun).
Kaufinteressenten werden hierzu eingeladen. Die Pferde können an dem Versteigerungstag von 1/2 11/2 Uhr ab am Versteigerungsort besichtigt werden. 7882
Durlach, den 20. Oktober 1919.
Kommunalverband Durlach-Stadt.

In der Stadt Singen-Hohenwiel (11 000 Einwohner) ist infolge Weggangs des bisherigen Inhabers die Stelle des
Bürgermeisters
möglichst bald zu besetzen.
Bewerber mit praktischer Erfahrung werden ersucht, ihre Bewerbungen unter Beifügung eines Lebenslaufes und der die Befähigung nachweisenden Zeugnisse sowie Gehaltsansprüche bis zum 5. November ds. Js. an den Unterzeichneten einzureichen.
Singen a. S., den 20. Oktober 1919.
Reisbrin,
Bürgermeister-Zellverreiter.

Kaufe und Verkauf

fortwährend
getragene Herren- u. Damenbekleidungsstücke, Uniformen, Wäsche, Schuhe, Uhren, Reisezeuge, Ferngläser, Musikinstrumente, Gold, Silber, Brillanten, Möbel aller Art, Nähmaschinen, Kinderwagen.
U.S.W.
Geht Angebote erbitet.
Weintraub's An- u. Verkaufsgeschäft
Kronenstrasse 52. Tel. 3747.

ODEON-MUSIKHAUS
KARLSRUHE
KAISERSTR. 175 TELEFON N° 339
Großes Lager in Musikalien aus allen Gebieten der Musik-Literatur. 7188

Aluminium-Kochgeschirre u. Haushaltgegenstände

aus reinem, neuem Aluminium hergestellt, sind die besten und dauerhaftesten der Gegenwart.
Hygienisch einwandfreie Geschirre.
Keine gefahrbringenden Splitter wie bei Emaille, oder schädliche Verbindungen, wie bei Messing, Kupfer usw. 6410
Sie kaufen vorteilhaft im
Aluminium-Spezial-Geschäft

Gustav Nürnberger
Waldstraße 26, (neben Residenz-Kino)
ständiger Eingang neuer Waren.

Eisen-Abfälle

jeder Art
Nutzeisen Metalle
Jakob Schneller
Rohprodukten
Telephon 1597 Durlacherstraße 34.

Offenburger Anzeigen.

Kreisfarrenmarkt
Dienstag, den 4. November 1919, vormittags 7 Uhr. — Schluß mittags 12 Uhr.
Tags zuvor, Montag, den 3. November, nachmittags 1 Uhr.
Prämierung von durch Händler angeführte Original-Simmertaler Farren und im Kreis gezüchteter Farren.
Die Auszahlung der vom Kreis zuerkannten Prämien und der von der Stadt gewährten Beihilfen geschieht am Markttag, vormittags 11 Uhr, in der Landwirtschaftlichen Halle.
Offenburg, den 4. Oktober 1919 7001
Der Stadtrat.

